

HAMBURG/DEN 18. NOVEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 46

Die neue Krisis

Wer die Zeit seit dem Abfall der Bundesgenossen, dem Waffenstillstandsgesuch der Reichsregierung, der Meuterei der deutschen Streitkräfte und der Einsetzung eines proletarisch-revolutionären Regimes wach und gespannt durchlebt hat, dem wird es schwer faßlich sein, daß seit dem Ausbruch jener von weither angelegten Krisis erst drei Jahre vergangen sein sollen. Es wird keinen Mann von Verantwortung geben, der an diese langen drei Jahre nicht mit Trauer und Grauen zurückdächte. Dennoch wird es in diesem Augenblick, wo eine neue Krisis von unabsehbarer Dauer und Größe sich anzukündigen scheint, an der Zeit sein, über dem vielen Dunklen, von dem die Geschichte zu reden haben wird, nicht zu vergessen, daß das deutsche Volk in diesen drei Jahren das Unwahrscheinliche geleistet hat. Es hat die Erschütterung seiner staatlichen Grundlagen, die Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz, die Zerstörung seiner sozialen Ordnung und die Unterhöhlung seines politischen Willens ertragen, ohne zu zerbrechen, ohne den Glauben an sich zu verlieren und ohne sich an die lockenden Schemen des tatarischen Messianismus wegzuerwerfen. Es hat in dieser Zeit alle Untugenden bewiesen, die schon Tacitus aufgezählt hat, aber auch alle seine besten Kräfte. Nachdem die erste Verwirrung geschlichtet, eine notdürftige Ernährung gesichert und ein Mindestmaß von Ordnung und Klarheit geschaffen war, ist es an die Arbeit gegangen. Es hat keine Führer gehabt. Es ist bisweilen mit seinem Vertrauen verschwenderisch umgegangen. Es hat vielen Unfug gewollt und noch mehr Unfug geduldet. Aber es darf heut mit nicht geringem Stolz von sich sagen, daß es den ersten Stoß des Bolschewismus aufgefangen hat, mit nichts anderem als Waffe denn Vernunft, Wirklichkeitssinn und Ordnungswillen. Es darf auch darauf verweisen, daß ohne diese Tugenden die Inflation, die in drei Jahren eine Steigerung der Preise auf über das Zwanzigfache bewirkt hat, zu einer unheilbaren Desorganisation der ganzen Volkswirtschaft hätte führen müssen. Die Geschichte zeigt an den Beispielen ähnlicher Revolutions- und Zusammenbruchs-Inflationen, was alles hier, unter den schwersten äußeren Bedingungen, abgewendet worden ist. Das Ergebnis ist nicht die unvermeidliche Folge irgendwelcher abstrakten Wirtschaftsgesetze, sondern der in dieser Stärke kaum noch erhoffte Erweis einer tiefen Gesundheit des deutschen Volkskörpers.

Die furchtbare Frage der Stunde ist, ob all dies vergebens gewesen sein soll. Die Massen haben einer Regierung ihr Vertrauen geschenkt, die die Erfüllung der Forderungen des

Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Menschenmöglichen zur Richtschnur ihrer Politik zu machen versprach. Diese Politik hat dazu geführt, daß die Mark, am Dollar gemessen, auf etwa ein Viertel des Standes vom Frühjahr dieses Jahres gefallen ist. Die Großhandelspreise haben sich mehr als verdoppelt, die Einfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten stockt, die inneren Läger sind geleert oder unsichtbar geworden. Das Un-erträgliche aber ist die Gewißheit, daß die Teuerung weiter und weiter steigen und die Dämme zerreißen wird, wenn nicht in letzter Stunde die Flut gebannt wird.

Es braucht niemandem in Deutschland, aber auch nur wenigen Verständigen im Ausland noch gesagt zu werden, welche Mittel allein eine Katastrophe abwenden können. Wir haben die dringlichsten erst vor kurzem hier besprochen („W.-D.“ Nr. 43) und fügen nur an, daß die entschlossene Reduktion der Kriegstribute im Ausland jetzt nicht nur von Keynes und Cassel, sondern auch von Nitti und Asquith, Charles Gide und Wells vertreten wird. Es besteht kein Zweifel, daß Briand und Lloyd George der gleichen Ansicht sind. Man darf sagen, daß unter allen Menschen von klarem Verstand und einiger Wirtschaftskenntnis über diesen Punkt nur eine Meinung besteht. Aber man kann sich auch nicht verhehlen, daß diese Meinung privat und ohne Wirkung geblieben wäre, wenn die deutsche Regierung nicht den Versuch gewagt hätte, das Unmögliche zu verwirklichen. Das Ergebnis selber konnte jeder Student der Nationalökonomie im zweiten Semester im voraus feststellen. Da aber die Welt nicht durch Nationalökonomien, sondern durch ihre eigene Torheit belehrt zu werden wünscht, mußte die öffentliche Meinung sich durch den Gang der Dinge ad absurdum führen lassen.

Es ist von den Parteien, aber auch in den Kreisen von Kennern, die Frage aufgeworfen worden, ob es für Deutschland nicht an der Zeit sei, den Bankerott anzumelden. Diese Frage ist absurd. Der Bankerott braucht nicht angemeldet zu werden, denn er ist längst da. Das Reich ist nicht fähig, seine Ausgaben durch seine Einnahmen zu decken. Es schafft ein neues Deckungsmittel in Gestalt von Geldzeichen, deren Aufgabe (in Beträgen von anfangs einer, dann zwei, jetzt vier bis fünf Milliarden im Monat) die Preise, Löhne und Gehälter auf das Vielfache ihres Friedensstandes steigern läßt. In dem Budget, das auf 150 und mehr Milliarden angeschwollen ist, spielen die Zinsen für neunzig oder weniger Milliarden Kriegsanleihen keine Rolle mehr. Überdies erhält der Besitzer

zwar noch den versprochenen Betrag in nominalen Werteinheiten; aber er kann, bei einer Preissteigerung auf das Zwanzigfache, mit seinen 5 % Zinsen so viel kaufen wie ehemals mit $\frac{1}{4}$ %. Von den Gehältern der Beamten, zumal der mittleren, und oberen, ist das gleiche zu sagen. Man hat also lediglich die Form des Bankrotts geändert. Was bedarf es da noch einer Ankündigung?

Und die Kriegstribute? Bis zum Ende des ersten Reparationsjahres (Mai 1921—1922) sind noch mindestens eine Milliarde „Goldmark“ zu zahlen, in Dollar umgerechnet 250 Mill. \$, das heißt bei einem Kurs von 300 nicht weniger als 75 Milliarden *M.* Diese Summe ist indessen viel zu niedrig, da jeder Versuch, sich in den Besitz ausländischer Devisen zu setzen, den Kurs stürmisch in die Höhe treiben wird, so daß leicht mit dem Doppelten und Dreifachen dieses Betrages zu rechnen sein wird. Wir befinden uns in einem Zustand unbegrenzter Möglichkeiten von Unsinn, Verfall und Elend.

Es ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, nicht bekannt, mit welchen Absichten der Reparationsausschuß nach Berlin gekommen ist, und noch weniger, welche Haltung die Reichsregierung einnehmen wird. Nach Veröffentlichungen, die von der Industrie ausgehen, scheint es, daß jene selbst die Kreditaktion der deutschen Wirtschaft angeregt hat, so daß in dieser nicht eigentlich ein spontanes Angebot zu sehen ist, sondern eine Antwort auf ein staatliches, wenn auch nicht amtliches Ersuchen. Es darf bezweifelt werden, daß die Form und die Bedingungen dieser Antwort von der Regierung vorausgesehen worden waren. Sie wird schwerlich damit gerechnet haben, daß durch Verpfändung der gesamten deutschen Industrie nur ein Anleihebetrag von etwa 250 Mill. \$ gedeckt werden kann — die nach dem Londoner Zahlungsplan in weniger als sechs Monaten aufgebracht sein müssen. Sie wird auch kaum erwartet haben, daß die Industrie als Bedingung die massive Gegenforderung des Verkaufs der Reichseisenbahnen (und weiter der Post) an ein privates Konsortium, unter Mitbeteiligung des Reiches und der Länder stellen würde. Vielleicht hatte sie sogar angenommen, daß die Organisation der Kredithilfe durch die Logik der Tatsachen zum Aufbau gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen führen würde — und muß nun erfahren, daß die Aktion von der Industrie im Gegenteil als Hebel für die Entstaatlichung der größten Reichsbetriebe gedacht ist. Schwerlich wären dann je Motiv und Ergebnis einander unähnlicher gewesen.

Ob diese Industriepolitik an der Haltung der ausländischen Kapitalmächte, der Reparationskommissionen oder der deutschen Arbeiterschaft scheitern wird, ist im Augenblick nicht vorherzusagen. Unabhängig von ihrer Wirkung ist ihre Bedeutung als Symptom. Sie zeigt den Grad der Auflockerung unseres staatlichen Gefüges an. Wie in der Zeit vor der Entfaltung des modernen Steuerstaates die Bewilligung von Abgaben zum Gegenstand eines Handels zwischen Ständen und Regierung wurde, in dem staatliche Einnahmequellen gegen staatlichen Einfluß oder private Gewinnmöglichkeiten gesetzt wurden, so soll jetzt die Beschaffung der Reparations-Devisen abhängig gemacht werden von der Erfüllung wirtschaftspolitischer Forderungen und privatwirtschaftlicher Wünsche — und die einzige Schranke, die solchen Bestrebungen gezogen ist, liegt nicht in einem in sich ruhenden staatlichen Willen, sondern in der Macht einer anderen Klasse, die durch die beabsichtigte Regelung ihre eigenen Interessen verletzt sieht: der Arbeiterschaft. Wie viel stärker als der Staat heute die Klassen und ihre Organisationen sind, hat auch neuerdings die offene Erklärung des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald gezeigt, daß seine Haltung als Ministerpräsident im wesentlichen bestimmt gewesen sei durch seine Beziehungen zu den „Christlichen Gewerkschaften“, die ihm wichtiger erschienen seien als die Verwirklichung bestimmter von ihm als richtig erkannten Forderungen der Gesamtpolitik. So wird das Staatsgebäude von innen abgetragen, wie es von außen durch die Durchführung des Versailler Vertrages unterhöhlt wird.

Denkt man sich diesen Prozeß noch um ein wenig fortgesetzt, so wird sich in unserem Staatswesen eine ähnliche Zersetzung vollziehen, wie bei dem Übergang des karolingischen Reiches in den Feudalstaat. Das Reichsgut wird verpfändet und verkauft, die Hoheitsrechte werden veräußert und verliehen, die zentrale Gewalt verliert an Würde und Kraft und wird endlich zum wesenlosen Schemen. Nur daß es an Stelle der Grundherrschaften und Städte Trusts und Gewerkschaften sind, die nun zu Trägern der wirklichen Macht werden. Mag man diese Entwicklung beklagen oder bejubeln: sie ist unabwendbar, wenn nicht das Volk sich stark genug zeigt, die Bildung eines staatlichen Gesamtwillens, gegen alle wirtschaftlichen Sonderwünsche, durchzusetzen; und wenn die Reparationsgläubiger nicht die Paragraphen des Versailler Vertrages abändern, die aus Betrug entstanden sind und ins Chaos führen.

Hamburg, den 14. November 1921

Kurt Singer

Die Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen

Die Sozialisierungskommission hat im Juli des Jahres in neun Sitzungen die allgemeine Wirtschafts-, Steuer- und Devisenpolitik erörtert und über das Ergebnis der Verhandlungen in einem ersten Band Bericht erstattet.¹⁾ Schon am 28. 7. wurde in vorläufiger Zusammenfassung eine nur von einer Mehrheit unterzeichnete Erklärung der Presse gegeben, die in ungefähren Linien eine künftige Produktions- und Steuerpolitik vorzeichnet.

Es wäre nun unbillig, schon jetzt den Sachgehalt der Verhandlungen zu prüfen, da ausdrücklich erklärt wird, daß die Kommission weit davon entfernt ist, ihre Arbeit für beendet zu halten. Aber eben deshalb mag es zweckmäßig sein, die

Methode zu betrachten, die dieser Untersuchung zugrunde liegt.

Nach dem „Erlaß, betreffend die Einberufung und Befugnisse der Sozialisierungskommission“ vom 15. 5. 20 (R. G. Bl. 1920, S. 981) hat die Kommission das Recht, „auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten, sowie Anregungen zu einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insonderheit der Post und der Eisenbahn zu geben.“ Der Ton dieses Mandates liegt offenbar auf dem (von uns gesperrten) Wort „gemeinwirtschaftlich“. Eine Beschäftigung mit der Reparation überschreitet, da sie heute der entscheidende Faktor unserer Wirtschaft ist, gewiß nicht den Aufgabenkreis der

¹⁾ Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen. 1. Band. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1921. 388 Seiten. 77 *M.*

Kommission, jedoch hätte sie sich vorwiegend mit der Frage beschäftigen sollen, ob neue Wirtschaftsformen für Sachleistung und Finanzdeckung zu wählen sind. Das im Vorwort ausdrücklich hervorgehobene Bestreben, keine Arbeit zu leisten, die schon in den zuständigen Kommissionen des Reichswirtschaftsrates getan wird, hätte gleichfalls zu einer noch schärferen Einstellung auf das eigentliche Objekt der Kommission — neue Wirtschaft? — führen sollen.

Der Fragebogen, welcher den Verhandlungen als Disposition diene, umfaßt das gesamte Problem in sehr extensiver Weise. In dem löblichen Bestreben, keine Lösung aufzudrängen, hat man sich zugleich ohne Notwendigkeit des Vorteils begeben, den Besprechungen Richtungsbestimmtheit und Durchsichtigkeit zu geben. Die vier Hauptüberschriften sollen genannt werden: I. Aufbringung der Devisen aus den laufenden Erträgen der Wirtschaft. II. Wie lassen sich die Devisen aufbringen, soweit die erweiterte Handelsbilanz sie während der nächsten Jahre noch nicht schaffen könnte. III. Interne Verteilung der Lasten unter Berücksichtigung des Überwälzungsproblems. IV. Währungspolitik im engeren Sinne.

Bei den Verhandlungen wurden nun nicht etwa vom jeweiligen Vorsitzenden mit Hilfe der Unterteilungen der Disposition Fragen an die Mitglieder und die Sachverständigen gestellt, sondern an jedem Verhandlungstage wurde das Thema nur in sehr loser Weise umschrieben. Im Gegensatz zur Absicht entstand daher nicht eine „Enquête“, jene in England meisterlich entwickelte Form kurzer Fragen und scharfer Antworten, sondern etwas, das man mit einem Literatenausdruck als ein „unendliches Gespräch“ bezeichnen muß. Jeder Redner glaubte zwar, sich auf das jeweils zur Diskussion stehende Thema zu beschränken; in Wirklichkeit aber fühlte fast jeder die Notwendigkeit, unter wechselnden Gesichtspunkten immer wieder die Gesamtfragen zu behandeln und dabei verwickelte theoretische Kontroversen in die Erörterung hineinzuziehen. Bei diesem Verfahren wurden zwar für die Beteiligten interessante Disputationen geführt, aber durchaus verfehlt wurde jene sonnenklare Aufhellung der Probleme, wie sie allein durch ein unerbittliches Inquisitorium gelingen kann, das namentlich dem so beliebten Hinüberwechseln von der Ebene des Theoretischen zum Praktischen, und umgekehrt, unausweichlich den Weg verstellt. Als Beweis für die Richtigkeit unseres Einwandes darf darauf hingewiesen werden, daß die Äußerungen der Sachverständigen umso lehrreicher sind, je enger die ihnen vorgelegte Frage formuliert war; dies ist namentlich den agrartechnischen Darlegungen der Herren Rabethge und Heim zugute gekommen.

Die fehlerhafte Anlage der „Enquête“ hätte sich zum Teil korrigieren lassen, wenn man der sehr unübersichtlichen Diskussion ein alphabetisches Sachregister beigegeben hätte, das nachzuprüfen erlaubte, was z. B. in diesem Kreise über die Frage der Goldwerte, der Exportzölle usw. an verschiedenen Ansichten geäußert worden ist. Aber es fehlt sogar ein gewöhnliches Inhaltsverzeichnis, aus dem man den Verhandlungsgegenstand der einzelnen Sitzungen ansehen könnte. Hier hätten, da die Disposition durch Umstellungen doch wieder durchbrochen wurde, Marginalien oder schlagwortartige Seitenüberschriften helfend eingreifen müssen.

Zum Ausgleich für diese Unterlassungen aber wird der Text nach einem Stenogramm wiedergegeben, das offenbar nicht die geringste Überarbeitung erfahren hat. Keine Flickwörter, keine Verlegenheitswendungen, wie sie im zwanglosen Gespräch vorkommen mögen, bleiben dem Leser erspart; harmlose Scherze werden mit der dazugehörigen Bescheinigung des „Heiterkeits“-Erfolges gewissenhaft verbucht. Man erfährt (S. 102), daß einer unserer temperamentvollsten Industrieführer früher „wie ein Schlot“ geraucht habe, dann aber gegen Nikotin hoch empfindlich geworden sei, und er deshalb auf Tabak gern, auf Alkohol jedoch ungern verzichten möchte. Geradezu lächerlich wirkt es, wenn — wie auf S. 258 — ein Zwischenruf, der überhaupt keine Frage oder Aussage enthält, sondern unterbrochen wurde, trotzdem mit zwei Gedankenstrichen am Schlusse getreulich überliefert wird. Eine boshafte Kritik könnte aus dieser Art der Redaktion, in Verbindung mit anderen Symptomen, den Schluß ziehen, daß die Kommission (oder ihr Sekretariat) des rechten Gefühls für die dynamische Bedeutung ihrer Tätigkeit ermangele.

Über die Auswahl der Sachverständigen wird nach Veröffentlichung des zweiten Bandes vielleicht noch zu sprechen sein. Das Bemühen, sich möglichst vielgestaltige Aufklärung zu sichern, muß durchaus anerkannt werden. Immerhin hätte dem Außenhandel in etwas größerem Umfange, als geschehen (S. 201 f.), Gehör gewährt werden sollen, zumal selbst ein so erfahrener Journalist wie Georg Bernhard sich über Fragen des kaufmännischen Kredits als ziemlich mangelhaft unterrichtet erwies (vergl. S. 50 f.).

Wir kommen zu folgendem Schluß: Will die Kommission wirklich, wie es im Vorwort heißt, nicht nur eine Förderung ihrer besonderen Aufgaben vollbringen, sondern glaubt sie, „ganz allgemein dem deutschen Volke einen Dienst zu leisten“, so muß sie die Methode ihrer Untersuchung und die Form der Darstellung von Grund aus ändern. Ein Blick in irgendeine der großen englischen Enquêtes (z. B. Report of Royal Commission on food supplies in time of war, 1905, oder Royal Commission on the Administration of the Port of London and arrangements connected therewith, 1902) wird darüber belehren, daß das präzise Ineinandergreifen von Frage und Antwort nicht nur die schärfste Form der Analyse ist, sondern daß die Darstellung, weil in ihr wirklich der dialogische Prozeß der Gedankenbildung sich niederschlägt, fast den Reiz eines Dramas ausübt, so daß man sich meist nur ungern von der Lektüre dieser lebendig gebotenen Äußerungen von Erfahrung und Anschauung trennt. Im Gegensatz hierzu ist es schwer, sich den Leserkreis des ersten Bandes der hier besprochenen Verhandlungen vorzustellen. Der theoretisch geschulte Leser wird die sichere, strenge Führung der Diskussion vermissen, der Praktiker wird schwer einen Weg durch die Gespräche finden, und der gehegte Politiker schließlich wird es, da ihm das Hilfsmittel des Sachregisters fehlt, überhaupt aufgeben, sich des Berichtes als einer Erkenntnisquelle zu bedienen. Gerade die Sozialisierungskommission aber sollte sich vor der Gefahr schützen, daß ihre Arbeit und die Form ihrer Verwertung zu den faux frais unserer Staatswirtschaft gerechnet werden müssen.

Eduard Rosenbaum

Holland

Der Kurssturz der Mark und seine Folgen für Holland — Metallarbeiterstreik — Arbeitszeit, Lohnhöhe und Indexziffern — Ein besonderer Grund für den Kursrückgang der Mark in Holland — Preissenkung durch deutsche Konkurrenz? — Die Zahlungseinstellungen 1920 und 1921 — Auslandsanlagen — Die Börse — Handelsbewegung in den ersten neun Monaten 1921 und 1920 — Hafenbewegung

Amsterdam, Anfang November 1921.

Das in den letzten Wochen am meisten Interesse auf sich lenkende Ereignis war wohl der anhaltende Kurssturz der Mark mit seinen einschneidenden Folgen für das Wirtschaftsleben Hollands. Um diese in ihrem ganzen Ausmaße würdigen zu können, muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß viele Zweige der — in den letzten Jahren überaus stark angewachsenen, aber innerlich noch nicht stets durchaus gefestigten — Industrie Hollands, an und für sich auch unter normalen Verhältnissen nicht leicht gegen auswärtige Konkurrenz behauptet werden können. Umsoweniger ist dies der Fall, wenn die ausländische Konkurrenz durch stetes Sinken der Valuta einen neuen, auch durch die höchsten technischen Anstrengungen kaum je einzuholenden Vorsprung genießt. Das ist jetzt der Fall. Neben die unmittelbare Wirkung der Erschwerung der Existenzbedingungen der heimischen Industrie treten aber noch andere, mittelbare, darum aber kaum weniger ernste.

An erster Stelle wäre das Bestreben weiter Industriekreise zu nennen, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne, sich die verlorengegangene Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Innerpolitische Schwierigkeiten, aber auch Mißstimmung gegen das konkurrierende Ausland, — und bei Weiterblickenden — gegen die Kreise, denen wegen ihrer unversöhnlichen Politik oder wegen politischen Unverständes die Schuld an dem Sinken der Wechselkurse über ein in den natürlichen Folgen des Weltkrieges begründetes Maß hinaus, beigemessen wird; Arbeitsschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, mangelnder Absatz der eigenen Erzeugnisse im valuta-schwächeren Auslande, dadurch neue Verschärfung der Krisis, das sind so einige der wenig erfreulichen Folgen, die durch das Sinken des Markkurses sich auch dem Kopfe des politisch und wirtschaftlich wenigst Interessierten, die Tatsache des innigen Zusammenhanges aller politischen und Wirtschaftseinheiten Europas hierzulande wie überall einprägen.

Geht man nun auf einige der indirekten Folgen des Valutasturzes näher ein, so ist vor allem der große Metallarbeiterstreik zu erwähnen, der seit 31. 10. nahezu die gesamte holländische Metallindustrie erfaßt. Der Anlaß dazu war, daß die im „Metaalbond“ (Metallverband) vereinigten Unternehmerkreise eine 10—15 %ige Herabsetzung der Arbeitslöhne beschlossen, die überdies bei einer Anzahl von ihnen durch eine solche der Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten gefolgt werden sollte. Die betroffenen Arbeiter, welche die Lohnherabsetzung als einen Anschlag auf ihren Lebensstandard empfanden — wir werden sogleich sehen, mit welcher Berechtigung —, lehnten diese einmütig ab, und das N. V. V. (Niederländischer Verband von Fachvereinigungen), das erst kürzlich eine sehr ausgedehnte Propagandatätigkeit entfaltet, stützte sie hierbei. Bemerkenswert ist, daß die im katholischen Verband vereinigten Arbeitgeber (hierzulande sind Arbeitgeber wie Arbeitnehmervereinigungen vielfach nach konfessionellen Gesichtspunkten organisiert, was meistens beiderseitige Zersplitterung und Schwäche im Lohnkampf bedeutet) im letzten Augenblick von der Einführung der Lohnminderung absahen, so daß auch die in den betreffenden Unternehmungen Arbeitenden nicht zum Streik übergingen. Eine weitere beachtenswerte

Ausnahme ist die Tatsache, daß die Amsterdamer Unternehmer die Lohnherabsetzung nicht beschlossen haben, so daß auch Amsterdam vom Streik nicht ergriffen wurde. Allerdings ist die Metallindustrie Amsterdams nicht so bedeutend wie etwa die Rotterdams usw. Als charakteristische Einzelheit sei gemeldet, daß eine einzige Firma in Amsterdam die Lohnherabsetzung durchführte. Die Arbeiter dieses Betriebes erklärten sich damit einverstanden, und ebenso die Organisationen und zwar aus dem Grunde, daß das betreffende Unternehmen vor allem jüngere Kräfte verwende und dann finanziell in einer solchen Lage sei, daß ein Streik wahrscheinlich seinen Untergang bedeuten würde!

Wie steht es nun mit der Behauptung in Arbeiterkreisen, daß ein Herabdrücken der Löhne ein Herabdrücken des Lebensniveaus bedeute? Eigentlich wäre einer Untersuchung dieser Behauptung auf ihre Stichhaltigkeit eine Prüfung des Reallohnes (nicht des Geldlohnes natürlich) etwa vor der Kriegszeit, während dieser und seither vor auszuschicken. Nachstehende Übersicht kann dazu den, freilich nicht unter allen Umständen als genau zutreffend zu erachtenden Vergleichsmaßstab bieten.

Indexziffern der Großhandelspreise in den Niederlanden
Allgemeine Lebensmittel

Zeit	Indexz.	Zeit	Indexz.	Zeit	Indexz.	Zeit	Indexz.
1901/10	100	1917	326	1921 Jan..	243	1921 Juni	207
1913	114	1918	447	" Febr.	225	" Juli	201
1914	120	1919	339	" März	214	" Aug.	205
1915	165	1920	320	" April	208	" Sept.	205
1916	253			" Mai	201		

Man ersieht hieraus, daß die Preise gegenüber dem Höchststand im Jahre 1918 wohl nicht unbedeutend zurückgegangen sind, daß aber seit mehreren Monaten der Rückgang gänzlich zum Stillstand gekommen ist.

Was demgegenüber die Lohnhöhe betrifft, so ist nicht zu vergessen, daß auch diese absolut sehr zugenommen hat. Die Löhne stellen sich auf ungefähr 80 cts die Stunde gegenüber etwa 20—25 vor dem Kriege (ungefähre Ziffern!), scheinen also entsprechend zugenommen zu haben. Nun ist aber zu bedenken, daß in Holland seit 1919 die 45-Stunden-Woche besteht, so daß der Arbeiter nicht ebensoviel mehr verdienen kann als bei der vordem üblichen zehn- oder elfstündigen Tagesarbeit. Eine Steigerung seines Lebensstandards scheint so wohl nur äußerst schwer zu konstruieren!

An dem Punkte der kürzeren Arbeitszeit setzt auch eine starke Agitation ein, die nicht nur von den Metallindustriellen ausgehend, die öffentliche Meinung im Sinne einer Verlängerung der Arbeitszeit zu beeinflussen sucht. Von ihren voraussichtlichen Erfolgen ist wenig zu sagen. Eine Interpellation in der Zweiten Kammer, in der der Interpellant den Arbeitsminister wegen der Art und Weise, wie dieser die gesetzlich vorgesehenen Bewilligungen zur Überschreitung der Arbeitszeit gab — gemäß den Ausführungen des Interpellanten wurden hieran Bedingungen geknüpft, die dem Geiste des Gesetzes widersprechen — hatte wohl einen von dem betreffenden Abgeordneten nicht vorausgesehenen Erfolg. Die Interpellation bot dem Minister Gelegenheit, die bisherige Praxis im einzelnen der Kammer darzulegen und ihr nachzuweisen, daß er sich

durchaus an den Geist des Gesetzes gehalten hat, daß er Überarbeit stets bewilligte oder bewilligen ließ, wo dies im Interesse der Industrie und ihrer Arbeiter lag, daß man aber von ihm nicht erwarten dürfte, daß er von dem Prinzip des Gesetzes, dem Achtstundentag, abweichen werde. Der endgültige Erfolg war durchaus auf Seite des Ministers, dessen Ausführungen auch in der Arbeiterpresse Beifall fanden. Es scheint, daß er dem — auch hierzulande nur äußerst schwer zu erhaltenden — Arbeitsfrieden in dieser kritischen Zeit einen nicht zu unterschätzenden Dienst bewiesen hat.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine ganze Reihe von Unternehmungen in der Metallindustrie dieses Jahr weit weniger günstig abschneiden wird, als im Vorjahr, das vielfach Rekordgewinne brachte, und daß die Hauptschuld daran eben die durch den Kursrückgang der Mark verursachten Absatzschwierigkeiten tragen. Die allgemeinen Ursachen des Kursrückganges der Mark sind in Deutschland bekannt, als daß von hier aus noch besonders darauf hingewiesen werden müßte; ein spezieller Grund sei aber angegeben, weil er in den letzten Tagen zweifellos in besonderem Maße wirksam war, dennoch aber die Aufmerksamkeit in Deutschland nicht in entsprechendem Maße auf sich lenken konnte. Es handelt sich um folgendes: Zahlreiche Holländer haben sehr erhebliche Markbeträge gekauft, teils rein spekulativ, teils im Vertrauen auf die Wiederherstellung Deutschlands. Diese Markbeträge wurden durch die ständigen Kursrückgänge der Mark stark entwertet. Als sich nun dieser Kursrückgang in den letzten Wochen zur Panik gestaltete, da versuchte mancher, getreu dem Grundsatz, „rette, was zu retten ist“, für seine Mark wenigstens die im Verhältnis zu hier in Deutschland wohlfeileren Güter zu kaufen, und — sah diese Absicht bald durch vom deutschen Standpunkt überaus begreifliche Ausfuhrerschwerungen verhindert und unmöglich gemacht. Es bemächtigte sich nun der holländischen Besitzer der Mark die Furcht, daß ihr Besitz, den sie in Deutschland nicht verwerten können, eigentlich ganz wertlos sei und es wurde zu jedem Kurse verkauft. An unfreundlicher Kritik in der Hinsicht fehlt es nicht, daß Deutschland erst Mark ins Ausland „gepumpt“ habe, nun aber diese Mark in Deutschland nahezu unverwertbar mache. Über die Berechtigung des deutschen oder des holländischen Standpunktes sei hier nichts weiter gesagt, allein auf die Tatsachen und ihre möglichen Folgen sei hingewiesen. Daß solche nicht ausbleiben, zeigt der Umstand, daß bereits durch ein Mitglied der Ersten Kammer die Frage an die Regierung gerichtet wurde, ob „die Regierung nicht der Meinung sei, daß mit diesem Niederländischen Kredit (der bekannte 200-Millionen-Kredit) die deutsche Industrie indirekt in ihrem Konkurrenzstreit gegen die niederländische gestützt werde, und dies zu einer Zeit, wo die Existenzbedingungen für die niederländische Industrie stets schwieriger werden“, ferner „ist die Regierung nicht der Meinung, daß es wünschenswert ist, diese Kreditgewährung nicht weiter fortzusetzen?“ Die niederländische Regierung wird sich freilich der vertraglich übernommenen Verpflichtungen weder entziehen wollen noch können; immerhin bleibt die Frage charakteristisch und man darf auf die Antwort des Ministers gespannt sein.¹⁾

¹⁾ Es ist bekannt, daß viele holländische Kreise an deutschen Wertpapieren interessiert sind. Das hat in den letzten Wochen zur Errichtung eines sogenannten „Administratiekantoor“ (Verwaltungsbüros) für deutsche Wertpapiere geführt. Ein anderes charakteristisches Ereignis für die letzte Zeit ist der Umstand, daß ein Rotterdammer Warenhaus, das vor allem mit billigeren Artikeln für die breitesten Schichten des Publikums arbeitet, durch große Anzeigen in der Tagespresse diesem mitteilte, daß es für 10 Mill. M. deutsche Waren gekauft habe, die entsprechenden Mark noch nicht eingedeckt habe und darum diese Waren in Mark — man kann sich denken, zu welchem Preise — verkaufe und diese Kaufbeträge in Mark zum Tageskurse dieser berechne und in Empfang nehme! Eine risikolose und sicher gewinnbringende Transaktion.

Steht diesen ungünstigen Wirkungen der deutschen Konkurrenz und der schweren Verluste an Mark; die das holländische Publikum erlitten hat (selbst soweit es sich um spekulative Ankäufe handelt, wird man dies, wenn auch nicht mit ganz derselben Anteilnahme, wie mit der den bona-fide-Besitzern schuldigen, bedauern können, denn „ce sont les risques du métier“) aber nicht der Gewinn gegenüber, den breite Schichten des Publikums an den Preisrückgängen erzielen, die eine Folge der Überflutung des Marktes mit deutschen Waren sein müßten?, könnte man fragen. Diese Preisrückgänge sind aber nur bei wenigen Artikeln stark merkbar und selbst diese Erscheinung tritt in starkem Maße hauptsächlich nur in den Grenzgebieten auf. In den inneren Landesteilen, in den Handelsstädten usw. kann man wohl viele neu aus dem Boden geschossene Geschäfte von „ongeregelde goederen“ (billige Partiewaren) sehen und die Bezeichnung „Wiener Lederwaren“ oder „deutsches Schuhwerk“ ist nicht, wie etwa vor dem Kriege, eine Qualitäts-, sondern eine Ursprungsbezeichnung geworden. Aber die Preise sind doch nur wenig geringer als die der holländischen gleichartigen Artikel. Meist nur um eben soviel, daß der betreffende Händler den Verkäufer der holländischen Ware unterbietet und dessen Kunden an sich zieht; der Zwischengewinn fällt dem Händler, nicht dem Publikum zu.

In den Grenzgebieten ist das wohl anders. Wenigstens läßt der Umstand, daß in den nahe der Grenze gelegenen Gerichtsbezirken die Zunahme der Zahlungseinstellungen den Landesdurchschnitt weit übertrifft — auch in den großen Handelsstädten ist die Zunahme recht stark —, darauf schließen, daß dort wirklich manchem Unternehmen durch die deutsche Konkurrenz der Lebensnerv abgeschnitten wurde. Übrigens gilt dies natürlich nicht nur von der deutschen Konkurrenz, sondern auch, wenngleich in viel geringerem Maße, von der belgischen usw.

Einige Ziffern aus der Konkursstatistik mögen das eben Gesagte erhärten:

Konkurse in den Niederlanden:			
1920 (Januar/Dezember).	1481	Zunahme in den Grenzbezirken:	
1921 „/September) 1668		9 Mre. 1921	12 Mre. 1920
		Maastricht.....	102 58
		Zutphar.....	59 34
		Almelo.....	38 14
		Middelburg.....	35 26
		Zierikzee.....	11 4
		Wrinschoten...	26 12
		Assen.....	68 44
Zunahme in den großen Städten:			
	9 Mre. 1921	12 Mre. 1920	
Amsterdam....	285	259	
Rotterdam....	204	195	
Den Haag....	195	239	
Utrecht.....	106	106	

Doch hat die Übersättigung bestimmter deutscher Industriezweige mit Aufträgen, von denen hier oft die Presse berichtet, auch eine andere Folge gehabt. Es scheint, daß diese, soweit sie bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt sind, ihnen zukommende Aufträge an mit ihnen in Verbindung stehende holländische Unternehmungen abgeben. Dieser Tatsache wird zum Beispiel das Wiederaufleben der Glühlampenindustrie — einer zu hoher Blüte gebrachten Spezialindustrie Hollands — zugeschrieben, ebenso das der Textilindustrie in dem Twentebezirk, usw.

Das holländische Publikum hat in den letzten Jahrzehnten mit seinen ausländischen Anlagen sehr wenig Freude erlebt. Während vor noch nicht sehr lang zurückliegender Zeit es in Holland für ein Industrieunternehmen so gut wie unmöglich war, einigermaßen nennenswerte Beträge aufzubringen — man denke z. B. daran, daß der große van den Bergh-Konzern gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in eine englische Gesellschaft umgewandelt werden mußte, weil er als holländisches Unternehmen nicht genügend Kapital zur Verfügung gestellt erhielt — war für ausländische Papiere jeder Art, vor allem aber für Anlagewerte und ihnen vielfach irrigerweise gleichgestellte

Eisenbahnaktien jeder Betrag zu haben. Das hat Holland an seinen „Amerikaantjes“ Hunderte Millionen Gulden gekostet, schwer war auch der Schaden, den die weite Kreise durch die Wertverminderung der österreichischen usw. Anleihen erlitten, der einmal hier sehr beliebt gewesen „Métalliques“; und ungezählte Millionen kostete der Zusammenbruch der russischen Papiere. Man braucht nur einen Blick in das Kursblatt der Amsterdamer Börse zu werfen, um zu erkennen, wie groß das holländische Interesse an diesen Werten gewesen ist. Es dürfte sich um Beträge handeln, die mit einer Milliarde Gulden eher zu niedrig als zu hoch beziffert sind. Die Mitteilung, daß die Sowjetregierung bereit sei, die Vorkriegsschulden anzuerkennen, hat daher in den Niederlanden besonderes Interesse hervorgerufen und dazu beigetragen, daß in diesen Werten eine nicht unerhebliche Kurssteigerung zu verzeichnen war. Man gibt sich allerdings Rechenschaft, daß zwischen „Anerkennen“ und „Bezahlen“ noch ein Unterschied besteht und auch die Tatsache, daß die Kriegsschulden nicht unter die „Anerkennung“ fallen, wird manchen holländischen „Russen“-besitzer enttäuschen. Die Tatsache selbst hat, wie erwähnt, die Börse günstiger beeinflußt, an der, nach den Paniktagen zu Ende Oktober seither eine etwas bessere Stimmung eingetreten ist. Die Panik war überdies und das verdient hervorgehoben zu werden, vorwiegend nicht durch Verkäufe des Publikums hervorgerufen, sondern durch Blankoabgaben der berufsmäßigen Spekulation, die, als sie zu Deckungen schreiten mußte, vielfach sich die benötigten Stücke nur schwer verschaffen konnte und daher höhere Kurse bewilligen mußte. Die etwas höheren Kurse bewirkten dann wieder die Rückkehr etwas zuversichtlicherer Haltung des Publikums, welches vielfach der Meinung ist, daß der tiefste Punkt endlich erreicht ist, und nun doch, wenn auch nur vereinzelt, als Käufer auftritt.

Wie schwer die Kursverluste waren, darüber gibt eine, dem hiesigen „Dagelyksche Beurscourant“ entlehnte Statistik Aufschluß.

Es betrug für die Aktien von 98 Industrie-, 68 Pflanzungs-, 34 Schiffahrts-, 20 Kautschuk-, 12 Tabakbau-, 8 Teebau- und 5 Petroleumunternehmungen

der Nominalwert.....	1 295 450 000 fl
„ Höchstwert 1921.....	5 874 950 000 fl
„ Kurs im September 1921.....	2 371 960 000 fl
Wertverminderung 1920/21.....	3 502 690 000 fl

In den letzten Tagen wurde die günstigere Stimmung durch etwas bessere Marktberichte, hinsichtlich verschiedener Kolonialprodukte, gestärkt; Rubber ist ziemlich fest, Zucker hat die rückläufige Bewegung wenigstens nicht fortgesetzt, Kaffee ist preishaltend, ebenso Tabak. Alles weitere wird davon abhängen, ob die vereinzelt Anzeichen einer Besserung

zu einer wirklichen Besserung führen. Vorläufig fällt es schwer, daran zu glauben und die Tatsache, daß die Niederlande für ihren Export vielfach auf Deutschland angewiesen sind, das wegen der schlechten Valuta immer mehr als Käufer ausscheiden muß, scheint eher eine pessimistische Auffassung für die Lage des Landes, das damit die allgemeine Weltwirtschaftslage teilt, zu rechtfertigen.

Damit sind wir wieder an dem Ausgangspunkt unserer Betrachtung angelangt und geben, um diese zu beschließen, noch einige Übersichten; zunächst eine kürzlich veröffentlichte Übersicht der Hafenbewegung Rotterdams im Vergleich mit der Hamburgs und Antwerpens.

	Rotterdam		Hamburg		Antwerpen	
	Schiffe	1000 t	Schiffe	1000 t	Schiffe	1000 t
Jan./Sept.	6218	8289	6145	6732	6028	8186
Oktober.	704	975	915	1046	750	1004
Jan./Okt. 1921	6922	9264	7060	7778	6778	9190
„ 1920	4753	5850	3835	3319	6459	7534
1921 mehr.	2169	3414	3225	4459	319	1656

Vom Wert des Handels der Niederlande im Jahre 1920 entfielen auf die wichtigsten Länder in Mill. fl:

	Ausfuhr	Einfuhr	Zus.		Ausfuhr	Einfuhr	Zus.
Dentschland..	493	905	1328	Schweden...	27	85	112
Großbritannien..	330	557	887	Frankreich..	61	80	141
Ver. Staaten..	87	526	613	And. Länder	360	457	817
Belgien.....	179	314	493	Zus. 1920.	1749	3368	5117
Niederl.-Ind..	264	240	504	„ 1919.	1731	3296	5027
Argentinien..	18	204	222	„ 1918.	417	637	1054

Die Handelsbewegung in den ersten neun Monaten von 1921 betrug in Mill. fl:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	Sept. 1921	Januar/Sept. 21	Januar/Sept. 20	Sept. 1921	Januar/Sept. 21	Januar/Sept. 20
1. Tiere u. tierische Produkte	9,9	82	78	36,6	308	269
2. Pflanzliche Erzeugnisse ..	51,3	393	433	31,0	151	210
3. Mineralische, metall. Stoffe und Erzeugnisse daraus ..	36,6	375	572	15,4	165	96
4. Mehl und Mehlprodukte..	6,7	47	25	6,5	41	34
5. Chemische Produkte, Heilmittel, Farbstoffe usw.	4,6	39	62	2,8	26	40
6. Öl, Harz, Pech, Teerprod. usw.	11,6	119	162	12,3	84	93
7. Holz u. Erzeugnisse daraus	9,6	87	171	0,8	8	12
8. Häute, Felle, Lederw. usw.	5,6	36	65	3,4	21	47
9. Garn, Tan, Textilien usw.	23,0	165	330	11,6	97	168
10. Keramische u. verw. Prod.	3,2	24	20	0,8	7	10
11. Glas	0,9	9	13	0,9	7	16
12. Papier- und Papierwaren ..	2,1	25	44	2,6	26	52
13. Nahrungs- und Genußmittel (nicht unter obige Gruppen fallend)	11,5	117	172	11,4	114	128
14. Fahrzeuge aller Art	4,2	57	76	1,9	19	15
15. Diverses	19,1	178	231	6,4	67	79
Zus. ohne Gold und Silber	197,3	1706	2425	135,7	1051	1240
„ einschl. „ „ „	200,0	1747	2453	144,5	1141	1269

Dr. Wilh. Mautner

Rußland

Die Ursachen des Produktionsrückgangs der russischen Industrie — Feuerungsmangel, Nahrungsmittelkrise, Arbeitermangel und Arbeitsunlust im 1. Halbjahr 1921

Um einen Einblick in den Gang des russischen Wirtschaftslebens zu gewähren, seien hier die notwendigsten Angaben über die Ursachen des Produktionsrückgangs wiedergegeben, wie sie zusammengestellt worden sind nach einer Reihe von Einzelberichten der offiziellen Sowjetorgane von der Russ. Ökonom. Gesellschaft in London („The Russian Economist“ Nr. 4. July-Sept. 1921. London). Nachdem zu Ende des Jahres 1920 eine vorübergehende Belebung der Produktion zu ver-

zeichnen war, sank dieselbe in den ersten sechs Monaten d. J. andauernd, sowohl infolge des Mangels an Feuerungsmaterialien, wie dank der Verschärfung der Transportkrise und dem zunehmenden Arbeitermangel. Zur Beurteilung der Brennstoffkrise fehlen leider allgemeinere Angaben, um jedoch ein Bild der regelmäßig abnehmenden Mengen von Holz, Kohle und Naphtha zu geben, genügen vielleicht folgende Daten aus dem Petersburger Industriegebiet,

Es wurden mit Brennstoffen beliefert (in 1000 Pud):

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Wasser- u. Kraftwerke	1361,5	1213,6	1233,6	981,2	743,3	619,7
Metallurgische Werke	996,3	691,2	480,5	340,4	237,5	190,2
Chemische Fabriken	362,1	202,7	311,6	294,4	108,0	85,0
Elektrotechn. Betriebe	32,3	25,2	15,9	8,8	5,8	5,6
Textilfabriken	206,6	210,6	60,8	98,5	53,0	47,2
Papierfabriken	209,3	247,7	218,5	160,4	111,3	97,9
Nahrungsmittelbetrieb	110,3	109,1	102,9	80,3	65,0	63,1
Holzbearbeit.-Fabrik.	6,9	8,3	2,6	—	1,5	5,1
Mineralienindustrie	43,0	37,4	32,0	29,6	5,5	1,4
Bekleidungsindustrie	2,9	5,8	5,4	9,7	8,0	1,2
Poligraphische Betr.	34,6	37,6	27,4	20,0	18,0	12,7
Lederfabriken	63,7	59,0	39,8	31,4	24,2	29,2
Sonstige Betriebe	178,3	221,1	146,3	86,2	70,1	106,2
Zusammen	3510,8	3159,3	2677,3	2094,9	1451,2	1264,5

Eine Folge der mangelhaften und unregelmäßigen Belieferung der Petersburger Industrie waren die häufigen Arbeits-einstellungen; immer wieder mußten wochenlange Pausen angeordnet werden, besonders in der Zeit vom 15. 2. bis zum 15. 3. Um einzelne Betriebe nicht völlig schließen zu müssen, wurde die Arbeitszeit weitgehend verkürzt und ein Turnus vorübergehender Schließung verschiedener Fabriken angeordnet.

Der Mangel an Arbeitskräften wird ersichtlich aus folgenden Angaben über die russische Montanindustrie. Im Dongebiet waren 1917 rund 270 000 Arbeiter tätig. In den ersten sechs Monaten 1921 jedoch bloß zwischen 135 900 und 130 700, zum 1. 8. sogar nur 108 000. Im Kusnetzischen Gebiet waren im Mai 1920 — 9540 Arbeiter, im März 1921 — 8110, im April 1921 jedoch nur noch 6580 Arbeiter tätig. Das gleiche gilt für das Tscheremchowsche Gebiet, wo die Abnahme, dank der Unmöglichkeit genügender Verpflegung, besonders stark war, d. h. von 6520 zu Beginn d. J. auf 5325 fiel. Die Naphthaindustrie Bakus bedarf eines Bestandes von 42 684 Arbeitern, verfügte jedoch im April d. J. nur über 26 558 Arbeiter. Man versuchte aus Konstantinopel ausländische Arbeiter heranzuziehen, die beiden Transporte von 1275 Mann im Mai und 2840 Mann im Juli d. J. konnten den Mangel an Arbeitskräften jedoch nicht beheben. Aus diesem Versuch, ausländische Arbeiter heranzuziehen, wird ersichtlich, daß es sich nicht nur um Verpflegungsschwierigkeiten gehandelt hat, sondern daß es viel mehr die Unlust der russischen Arbeiter ist, das Dorf zu verlassen und in den Betrieben zu arbeiten. Diese Arbeitsunlust beweist z. B. auch die Angaben über den Bezirk von Grossny. Hier wurden 7983 Mann registriert, es arbeiteten jedoch am 1. 6. nur 4983 Mann. Die Petersburger metallurgischen Werke bedürfen eines Bestandes von 27 046 Arbeitern, verfügten jedoch nur über:

	Januar	Februar	März	Bedarf	Mangel in %
Gelernte Arbeiter	10 198	10 371	10 304	18 406	44
Ungelernte Arbeiter	8 115	9 553	8 581	10 640	19,3
Zusammen	18 318	18 924	18 885	29 046	34,9

Die Abnahme der Zahl der gelernten Arbeiter in zehn Betrieben der Petersburger Schwerindustrie war folgende: Januar — 7565, Februar — 7351, März — 7247, April — 6823. Charakteristisch für die Petersburger Metallindustrie ist die große Zahl von Angestellten. Der mittlere Prozentsatz der Zahl der Angestellten in bezug auf die Zahl der Arbeiter betrug 25 %, in einzelnen Betrieben (Newasche Werft) 45 % und gar 68 % (Galerny Ostrow).

Die Verpflegungsnoten nahmen in den Industrie-gebieten andauernd zu. Im Mai d. J. betrug der Bedarf an

Getreide für die Arbeiterschaft des Dongebietes 1 100 000 Pud, vorhanden waren jedoch nur 496 300 Pud; Fleisch und Fisch wurden benötigt in einer Menge von 122 300 Pud, vorhanden waren nur 66 100 Pud; Fett wurde benötigt in der Menge von 20 000 Pud, zur Verteilung gelangten jedoch nur 5600 Pud usw. Noch schlimmer war die Nahrungsmittelnot im Moskauschen Industriegebiet. Es gelangten zur Verteilung (in % des Bedarfs):

	Jan.	Febr.	März	April	Mai		Jan.	Febr.	März	April	Mai
Brot	65	100	100	100	75	Fett	0	0	0	0	0
Grütze	0	0	0	0	0	Salz	50	100	0	0	0
Fleisch u. Fisch	15	18	0	0	0	Zucker	50	60	0	0	0

Vom März an haben die Arbeiter des Moskauer Gebietes außer Brot — und dieses bis zu 50 % mit Hafer und anderen Zutaten vermischt — nichts erhalten können. Im Mai konnten sogar nur 75 % des Bedarfs verteilt werden, — einzelne Werke, wie z. B. das Epiphansche erhielten sogar nichts. Im Ural war die Lage noch schlimmer. Die Monatsration von 60 russischen Pfund Mehl mußte auf 45 Pfund herabgesetzt werden; der Bedarf an Fett, Fleisch und Fischen konnte nur bis zu 7 % befriedigt werden.

Die Arbeitsleistungen des einzelnen Arbeiters nahmen infolgedessen rapid ab. In den Bogoslowischen Bergwerken sanken die Arbeitsleistungen wie folgt: Dezember 1920 — 234 Pud; Januar d. J. — 162 Pud, Februar — 186 Pud, März — 132 Pud. Im Jekaterinenburgschen Gebiet betrug der Durchschnitt der Arbeitsleistung — 139 Pud. In den Uralbergwerken: September-Dezember 1920 — 129 Pud, — Januar — 29 Pud, — Februar — 63 Pud. Im Nord-Wjatka-Gebiet: September-Dezember 1920 — 84 Pud, im Januar-März 1921 — 75,2 Pud. Im Tula-Kalugaschen-Gebiet: Oktober-Dezember 1920 — 266 Pud, Januar-März 1921 — 219 Pud. Besonders lehrreich sind die offiziellen Angaben über die Arbeitsverweigerung, respektive das Nichterscheinen der registrierten Arbeiter in der Ukraine:

Betriebe in	Zahl der Arbeiter im Juli 1921	% der Arbeitsverweigerung	Febr.	März	April
Petrowsk	5470	17	17	20	
Jusowsk	3570	30	Angaben fehlen		
Makejew	5462	24	32	33	
Don-Jurjewsk	1921	21	34	31	
Luga	3565	28	43	43	
Charkow	4596	31	25	32	
Kramatorsk	2028	29	30	31	
Druschkowka	1545	28	33	31	
Tagaurog	4675	23	21	31	
Debaltzewsk	721	38	45	43	
Jekaterinoslaw A	7284	45	52	53	
„ B	1364	21	24	24	
Mariupol	2466	40	45	54	
Konstantinowsk	217	20	10	—	
Kertsch	464	—	—	—	
Suwinsk	1891	Angaben fehlen			
Nikolajewsk	3218	—	—	—	

Die Arbeitsverweigerung nimmt also von Monat zu Monat zu. Die Abnahme der Produktionsmengen ist daher absolut erklärlich: der Feuerungsmangel, die Transportkrise, die Unmöglichkeit der Verpflegung der Arbeiter, der hierdurch mit bedingte Arbeitermangel und die Arbeitsunlust sind die Hauptursachen des russischen Produktionselends.

Dr. Hans von Eckardt

Finnland

Ungenügende Ausfuhr bei reichlicher Einfuhr — Mißverhältnis zwischen Konsum und Produktion — Auslandsverschuldung — Valutatiefstand — Wirtschaftspolitik — Staatshaushaltsplan 1922

Das dritte Vierteljahr hat die Zunahme der Ausfuhr gebracht, die jährlich um diese Zeit zu erfolgen pflegt (in Mill. FM):

	Juli	August	Septbr.	9 Monate
1921	338,3	393,7	585,8	2627
1920	355,0	439,1	366,9	2538

Die entscheidende Aufbesserung ergab allerdings erst der September. Die bisherige Ausfuhr in 1921 übertrifft zwar die entsprechende Vorjahrsausfuhr dem Wert nach um 100 Mill. FM, vergleicht man aber die Ausfuhrindexziffern (Basis 1913 = 100, 1920 = 1053, 1921 = 1251) und berücksichtigt man die Entwertung der finnländischen Mark auf dem Devisenmarkt (Kurs in Stockholm 15. 10. 21: 6,70 Kr = 100 FM; 15. 10. 20: 13,40 Kr = 100 FM), so kann man schließen, daß die Ausfuhr der Menge nach abgenommen hat, und daß auch die Kaufkraft des Gegenwertes der Ausfuhr zurückgegangen ist.

Das erste wird durch die Außenhandelsstatistik im einzelnen bestätigt. Der Holzverkauf dieses Jahres blieb hinter dem des Vorjahres weit zurück. Allerdings konnten im September die Folgen der Depression auf dem Holzmarkt zum Teil wieder ausgeglichen werden; aber mehr als 370 000 Standards waren am Ende des September nicht verkauft. Die vorstehende Menge macht ca. 70 % der diesjährigen Lagerbestände aus; erwägt man aber, daß aus dem Vorjahr nur ganz geringe Bestände herübergenommen wurden und daß die neue Produktion in Anbetracht der Marktlage erheblich eingeschränkt wurde, so erscheint das Gesamtergebnis in einem recht ungünstigen Lichte.

Ähnlich entwickelte sich die Lage der beiden anderen finnländischen Massenausfuhr Güter, Holzmasse und Papier; die Ausfuhr betrug in t:

	Juli	August	Jan./Aug. 1921	Jan./Aug. 1920
Sulfitzellulose*)	7 608	6 163	33 165	39 303
Sulfatzellulose*)	2 452	2 083	7 529	17 937
Holzschliff	1 501	6 528	13 894	59 568
Zeitungspapier	10 594	7 252	52 990	61 449
Packpapier	1 301	1 198	7 746	20 491
Schreibpapier	612	386	2 151	4 105
Pappe	867	609	4 553	30 703

*) Trockengewicht.

Sämtliche Gruppen blieben hinter dem Vorjahr zurück.

Ausnahmen von dem allgemeinen Mengenrückgang in der Ausfuhr machten nur Butter, deren Ausfuhr im Juli und August die Menge von je 800 t überschritt, und Streichhölzer mit einer Ausfuhr von 1295 t bis Ende August gegen 1106 t in derselben Zeit 1920.

Die Reihenfolge der Hauptabsatzländer ist: England (519,3 Mill.), Schweden (195,2 Mill.), Deutschland (149,6 Mill.), Vereinigte Staaten (124,8 Mill.).

Hinter der wertziiffernmäßig steigenden Ausfuhr ist die Einfuhr zurückgeblieben, ohne in sich eine nennenswerte Abnahme zu erfahren (in Mill. FM):

	Juli	August	Septbr.	9 Monate
1921	393,8	349,6	377,5	2626,8
1920	339,1	312,8	393,8	2538,0

Ein Vergleich des Gesamtergebnisses der ersten neun Monate des Jahres mit dem von 1920 ergibt keine wesentliche Veränderung, auch nicht bei Berücksichtigung der Einfuhrindexziffern (1921: 1343, 1920: 1387). Dagegen sind in den einzelnen Einfuhrgruppen bemerkenswerte Verschiebungen, auch der Menge nach, vor sich gegangen; insbesondere steht eine Zu-

nahme der Einfuhr bei Nahrungs- und Genußmitteln einer Abnahme bei den Industrierohstoffen gegenüber, wodurch ein Rückschluß auf steigenden Konsum bei fallender Produktion nahegelegt wird. Die Folgen, zunehmende Teuerung und Arbeitslosigkeit, kamen in der Statistik zum Ausdruck (Lebenskostenindex Juni: 1012,4; Juli: 1139,0; August: 1174,9).

Die Einfuhr aus Deutschland wird immer lebhafter; erklärlich aus der zunehmenden Reichsmarkentwertung. Bis Ende August hatte Deutschland nach Finnland für 726 Mill. FM geliefert, und damit England, das an zweiter Stelle steht, um 240 Mill. überflügelt.

Trotz der Erzielung von Ausfuhrüberschüssen im August und September blieb seit Jahresbeginn gerechnet am 30. 9. für Finnland ein Einfuhrüberschuß von 633,3 Mill. FM (1920: 590,6 Mill.). Aus dieser Handelsbilanz ergeben sich als Folge zunehmende Auslandsverschuldung, Kreditinflation und Geldentwertung.

Die Auslandsschuld der Privatbanken betrug am 30. 9. 21 1050 Mill. FM, die des Staates 702 Mill. FM. Die Kurse der Auslandsvaluten sind seit Jahresmitte enorm gestiegen:

Verkaufskurs von Finlands Bank.

	30. 6.	15. 7.	30. 7.	15. 8.	30. 8.	15. 9.	30. 9.	15. 10.
Berlin.	84,—	80,50	81,50	80,—	80,—	74,—	57,50	46,50
Stockh.	1375,—	1265,—	1398,—	1398,—	1492,—	1740,—	1530,—	1500,—
London	232,75	217,50	243,50	243,50	254,75	299,50	256,25	251,50

Der höchste Stand der Kurse Mitte September ist zwar überwinden, aber die Gesamtentwicklung weist doch eine steigende Tendenz auf. Die Ausfuhrperiode hat nun bald ihr Ende erreicht, und damit entfällt auch die Aussicht auf eine nennenswerte Aufbesserung der Kurse für Finnland.

Die bisher zur Befestigung der finnischen Mark angewandten Mittel der Kreditbeschränkung und Zollerhöhung haben versagt. Eine von der Regierung berufene Finanzkommission weiß nur erneute Einfuhrbeschränkungen, Lizenz- und Rationierungssysteme vorzuschlagen. Industrie und Handel bekämpfen diese Vorschläge unter Hinweis auf die schlechten Erfahrungen der Vorjahre. So bleibt als einziges Abwehrmittel Sparsamkeit. Über ihre Notwendigkeit sind sich alle einig, ein jeder predigt sie dem anderen, der Staat den Privaten, die Privaten dem Staate. Ist auch der Wille zum Sparen vorhanden, so fehlt doch die Möglichkeit. Der Staatshaushaltsplan sieht für 1922 Ausgaben in Höhe von 2123 Mill. FM (d. h. 115 Mill. weniger als für 1921) vor. Der außerordentliche Etat ist im Vergleich zum Vorjahr fast um die Hälfte vermindert. Die Ausgaben für die Staatsschuld werden mit 237,7 Mill. FM wesentlich höher berechnet für das laufende Jahr (184,1 Mill.). Die Einnahmen sollen durch Erhöhung verschiedener Steuern gesteigert werden. Insbesondere soll eine einmalige Sonderbesteuerung der Staatsbankgewinne erfolgen, und eine vom Reichstag schon angenommene Dividendensteuer für Ausländer in Höhe von 8 % erhoben werden; außerdem ist die Neueinführung einer Streichholzsteuer geplant. Die Neuaufnahme von Anleihen ist für 1922 nicht vorgesehen. Der Wille zur Sparsamkeit kommt in dem neuen Haushaltsplan zweifellos zum Ausdruck; wie aber wird es mit seiner Durchführbarkeit im nächsten Jahre stehen?

Hans Gabain

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	15. 11.	15. 11.	15. 11.	15. 11.	15. 11.
Berlin..... 100 M	100,—	—	—	1,12	2,07½
Wien..... 100 K neu	85,—	9,25	9,15	0,10	0,20
Budapest..... 100 K	85,—	25,—	25,—	—	0,55
Prag..... 100 K	85,—	283,75	279,—	—	5,10
Bukarest..... 100 K	85,—	155,—	—	—	3,30
Helsingfors..... 100 F.M.	81,—	502,50	508,—	—	—
Amsterdam..... 100 fl	168,75	9125,—	9150,—	—	184,25
Kopenhagen..... 100 Kr	112,50	4840,—	4825,—	53,50	97,50
Stockholm..... 100 Kr	112,50	6000,—	6060,—	66,50	122,—
Kristiania..... 100 Kr	112,50	3767 50	3725,—	42,—	76,—
Zürich..... 100 fr	81,—	4967,50	440,—	54,50	—
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	3350,—	3515,—	39,40	72,—
Rom..... 100 Lire	81,—	1070,—	1090,—	11,90	22,40
Brüssel..... 100 fr	81,—	1840,—	1830,—	20,—	37,—
Paris..... 100 fr	81,—	1896,25	1895,—	20,82	38 70
London..... 1 £	20,43	1041,75	1040,—	11,36	21,05
New York..... 1 \$	4,20	262,75	261,—	2,88½	5 29
Buenos Aires..... 1 Peso P.	0,85	84,50	85,25	—	1,72½
Rio de Janeiro..... 1 Milreis	1,36	32,50*)	—	—	—

*) Am 13. 11.

	Wien	Paris	London	New York
	15. 11.	15. 11.	15. 11.	15. 11.
Berlin..... 100 M	2259,50	5,18	1039,—	0,38
Wien..... 100 K	—	—	—	—
Amsterdam..... 100 fl	208950,—	480,75	11,37½	34,87
Kopenhagen..... 100 Kr	112875,—	—	—	—
Zürich..... 100 fr	113975,—	259,25	20,61½	—
Paris..... 100 fr	42555,—	—	54,60	7,25
London..... 1 £	23540,—	54,53	—	3,96½
New York..... 1 \$	—	13,74½	3,97½	—
Buenos Aires 10. 11.	100 U.S. \$ = 136 \$ oro arg.	1 \$ oro arg. = 200 M.	—	—
Rio de Janeiro 9. 11.	1 „ = 7875 Reis.	1 M = 30 Reis.	—	—
Valparaiso.. 11. 11.	1 \$ chil. = 27 M.	—	—	—
Zürich 15. 11.	Agram 1,60.	—	—	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausl. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	14. 11.	15. 11.	15. 11.	15. 11.	15. 11.
Reichsmark.....	-98 11	-98 32	-97,53	-98,03	-98,40
Dt. österr. Krone	-99,80	-99,81	—	—	—
Französ. Frank..	-56,62	-61,30	-44,44	-56,81	-62,42
Pfund Sterling..	-6,19	-16,54	+19,22	-5,84	-18,53
Dollar.....	+15,76	+2,12	+46,65	+15,88	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	5. 11.	11. 11.
Alexandrien, £:.....	97½ Pst	97½ Pst
Bombay/Kalkutta, Rup.:.....	1 s 4½ d - 1 s 4½ d	1 s 4½ d - 1 s 4½ d
Hongkong, \$:.....	2 s 8½ d - 2 s 9½ d	2 s 8 d - 2 s 9 d
Singapore, \$:.....	2 s 10 d - 3 s 11½ d	2 s 9 d - 2 s 10½ d
Yokohama, Yen.....	2 s 3½ d - 2 s 3½ d	2 s 3½ d - 2 s 3½ d
Montevideo T. T., \$:.....	40½ d - 41½ d	41 d - 41½ d
Rio de Janeiro, Mil.:.....	8½ d	7½ d
Buenos Aires T. T., \$:.....	44½ d - 45 d	44½ d - 45 d
Valparaiso 90 T., £:.....	35,70 \$ chil.	37,10 \$ chil.
Mexiko, \$:.....	32½ d - 33½ d	32½ d - 33½ d

Diskontsätze

Helsingfors.. 9 %	Rom..... 6 %	Prag..... 5½ %
Tokio..... 8 „	Madrid..... 6 „	Berlin..... 5 „
Warschau... 7 „	Bukarest..... 6 „	London..... 5 „
Lissabon... 6½ „	Rußland..... 6 „	Brüssel..... 5 „
Kristiania... 6½ „	Paris..... 5½ „	New York F.R.B. 4½ „
Sofia..... 6½ „	Kopenhagen..... 5½ „	Amsterdam..... 4½ „
Wien..... 6 „	Stockholm..... 5½ „	Schweiz..... 4 „

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften im 3. Vierteljahr 1921

(Siehe Nr. 44, Seite 602/603.)

Gewerbegruppen	Neugründungen	Kapitalserhöhg.
	Anzahl	1000 M.
Zuckerfabriken.....	Juli..... 2	35 000
	Aug. 2	35 000
	Sept. 2	16 579
Bierbrauereien.....	Juli..... 1	3 000
	Aug. 1	5 991
	Sept. 1	22 993

Gewerbegruppen

	Neugründungen	Kapitalserhöhg.
	Anzahl	1000 M.
Mälzereien.....	Juli..... 1	5 000
	Aug. 1	750
	Sept. 1	—
Sprit- und Preßhefe-fabriken.....	Juli..... 3	11 500
	Aug. 2	2 400
	Sept. 2	15 500
Weinbau und Schaum-weinfabriken.....	Juli..... 1	3 000
	Aug. 1	20 000
	Sept. 1	20 000
Wasser-, Eiswerke, Kühlhallen.....	Juli..... 1	750
	Aug. 1	8 500
	Sept. 1	400
Schokolade, Teigwaren, Konservenfabriken...	Juli..... 1	2 000
	Aug. 2	16 300
	Sept. 2	2 000
Molkerei, Meierei-betriebe.....	Juli..... 1	4 000
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Schmelzereibetriebe...	Juli..... 1	500
	Aug. 1	1 000
	Sept. 1	—
Fischereien.....	Juli..... 2	4 000
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Nahrungsmittel, allgemein.....	Juli..... 1	4 000
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Zigarrenfabriken.....	Juli..... 1	3 000
	Aug. 1	3 200
	Sept. 1	3 500
Baugewerbe.....	Juli..... 4	9 600
	Aug. 3	5 100
	Sept. 7	10 750
Graphisches Gewerbe..	Juli..... 6	15 700
	Aug. 8	11 440
	Sept. 8	32 700
Handel.....	Juli..... 8	23 495
	Aug. 6	8 600
	Sept. 4	600
Immobilienhandel und -verwertung.....	Juli..... 1	1 200
	Aug. 5	68
	Sept. 3	13 000
Banken.....	Juli..... 1	500
	Aug. 3	2 009
	Sept. 1	—
Hypothekenbanken....	Juli..... 1	45 000
	Aug. 1	700
	Sept. 1	1 000
Treuhandgesellschaften.	Juli..... 5	31 800
	Aug. 1	2 000
	Sept. 1	2 000
Versicherungs-gesellschaften.....	Juli..... 5	16 600
	Aug. 1	1 000
	Sept. 1	3 000
Verkehrsgesellschaften.	Juli..... 1	305
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Klein- u. Straßenbahnen	Juli..... 2	14 000
	Aug. 1	1 000
	Sept. 1	21 750
Seeschifffahrt.....	Juli..... 1	268
	Aug. 1	2 400
	Sept. 2	1 600
Fluß- u. Küstenschifffahrt	Juli..... 1	—
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Hotels, Gast u. Schank-wirtschaften, Heil- u. Verpflegungsanstalten	Juli..... 1	—
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Bäder, Quellenprodukte	Juli..... 1	500
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—
Theater, Musik, Vereins-häuser.....	Juli..... 1	155
	Aug. 2	6 000
	Sept. 1	7 500
Sonstige Gesellschaften	Juli..... 3	4 905
	Aug. 1	—
	Sept. 1	—

Fab. Landau

Schifffahrt und Schiffbau

Dänemark

Das Projekt einer dänischen Passagierlinie nach Buenos Aires beschäftigt nach „Liverpool Journal of Commerce“ gegenwärtig das dänische Auswärtige Amt. Die Anregung ging aus von dem dänischen Geschäftsträger in Buenos Aires, dessen letzter Bericht auf den wachsenden Verkehr dänischer Schiffe nach Südamerika hinwies. Im Jahre seien 63 dänische Schiffe mit 145 000 t in Buenos Aires angekommen. Nach Ansicht des Gesandten sollte so schnell wie möglich eine Passagierlinie zwischen Kopenhagen und Buenos Aires eingerichtet werden. Skandinavische Auswanderer nach Südamerika benutzen jetzt hauptsächlich britische und holländische Linien, deren Fahrpreise sehr hoch seien. Es dürfte daher angenommen werden, daß dänische Schiffe, die 30—100 Passagiere nehmen könnten und komfortabel eingerichtet wären, erfolgreich mit den fremden Schiffen in Wettbewerb treten könnten; wenn auch die Fahrpreise für die direkte Reise 500—600 \$ nicht übersteigen dürften. Der Bericht meint weiter, daß eine solche Linie sich auch des Zuspruchs der deutschen Auswanderer nach Südamerika erfreuen würde.

„Svensk Handelstidning“ bemerkt dazu, daß die schwedischen Reeder dem Projekt skeptisch gegenüberstünden. Sie beschäftigten sich nicht mit der Auswandererbeförderung nach Südamerika und hätten auch nicht die Absicht, es künftig zu tun. Sie wären im Zweifel, ob eine dänische Linie den Strom der deutschen Auswanderer anlocken könnte, der sich doch zunächst nach Hamburg wende.

A. K.

Dänische Schifffahrt. Wie aus dänischen Reedereikreisen verlautet, wird dort die vom amerikanischen Schiffsamt vorgenommene Einschränkung des Verkehrs amerikanischer Regierungsschiffe nach Skandinavien und der Ostsee als eine erfreuliche Entlastung des skandinavischen Marktes vom Tonnageüberangebot begrüßt. Um einer Besserung in der Lage der dänischen Reederei herbeizuführen, müßten indessen vor allem die hohen Betriebskosten, die bei dem gegenwärtigen Frachtenstand keinen Gewinn lassen; eine Verringerung erfahren. Ein neues Abkommen zwischen Reeder und Seeleuten sei nicht vor Beginn des neuen Jahres zu erwarten. Sollte die dänische Schifffahrt nicht ins Hintertreffen geraten, so sei eine Reduktion der Heuersätze sämtlicher Bordchargen nötig. Unbedingt erforderlich sei auch eine Revision des Gesetzes betreffend Bemannung der Schiffe. Besonders hinsichtlich der Zahl der anzustellenden Schiffsoffiziere müßten die Reeder etwas mehr freie Hand erhalten. Auch eine Ermäßigung der hohen Hafenkosten, Schleplöhne und Lotsengelder in den dänischen Häfen sei erforderlich.

Zahl und Tonnage der aufliegenden dänischen Schiffe haben sich seit Beginn dieses Jahres wie folgt geändert:

1921	Zahl der Schiffe	t dw	1921	Zahl der Schiffe	t dw
1. 1.	33	54 000	27. 6.	144	363 896
31. 1.	57	117 000	4. 7.	138	350 349
21. 2.	66	146 000	1. 8.	110	300 000
21. 3.	91	238 000	15. 8.	100	269 300
11. 4.	129	320 000	29. 8.	86	239 000
23. 5.	137	338 000	5. 9.	82	232 700
13. 6.	144	361 497	26. 9.	87	239 400

A. K.

England

Ergebnis des Verkaufs deutscher Schiffe in England — 20 Mill. £. Auf eine Anfrage im Unterhause, wieviele von den an England überwiesenen deutschen Schiffen bisher verkauft seien, antwortet der Präsident des Board of Trade wie folgt: Abgesehen von den Schiffen, die den Alliierten unter „special agreements“ ausgeliefert worden sind, haben wir insgesamt 423 Schiffe für den Verkauf überwiesen erhalten. Davon sind bisher 392 verkauft worden und zwar:

326 Schiffe v. 1 494 000 Br. R. T. für 18 194 000 £ an brit. Käufer	
11 „ „ 27 000 „ „ 117 000 „ „ alliierte „	
48 „ „ 195 000 „ „ 1100 000 „ „ sonstige „	
385 Schiffe v. 1 716 000 Br. R. T. für 19 711 000 £.	

Bisher sind demnach fast 20 Mill. £ aus dem Verkauf deutscher Schiffe erzielt worden. 31 Schiffe werden noch zum Verkauf gestellt werden. („Liverpool Journal of Commerce.“)

A. K.

Vereinigte Staaten

Arbeitslosigkeit im amerikanischen Schiffbau. Die zunehmende Arbeitslosigkeit unter den amerikanischen Werftarbeitern wird durch folgende Angaben über die Arbeiterzahl von 40 an der Atlantischen Golfküste gelegenen Werften für Stahl-schiffbau gekennzeichnet. Die Werften beschäftigten:

1. 1. 1919 ...	176 705 Arbeiter	1. 1. 1921 ...	94 478 Arbeiter
1. 1. 1920 ...	135 500 „	1. 7. 1921 ...	49 763 „

11 dieser Werften sind wegen Mangel an Beschäftigung geschlossen worden.

Die Abteilung für Schifffahrt und Schiffbau der „Unemployment Conference“ hat sich jetzt an die Werften mit dem Ersuchen gewandt, der fortschreitenden Arbeitslosigkeit dadurch entgegenzuwirken, daß

1. die vorhandene Werftarbeit auf möglichst viele Arbeiter verteilt wird,
2. der Abbruch der hölzernen Schiffe des Schiffsamtes in Angriff genommen und das so gewonnene Material für andere Zwecke verwandt wird,
3. die aufgelegten Schiffe von Zeit zu Zeit überholt und in gutem Zustande erhalten werden,
4. die Werften sich auf andere industrielle Arbeiten einstellen, um der lokalen Arbeiterschaft Beschäftigung zu gewähren.

A. K.

Der Teilstreik der New Yorker Schauerleute beendet. Das bereits im September zwischen den Schiffsahrtsgesellschaften und der International Longshoremen's Union getroffene Lohnabkommen, das dann durch die Schauerleute des Chelsea-Distrikts gebrochen wurde, ist jetzt, nachdem durch erneute Verhandlungen eine Einigkeit der beiden Parteien erzielt worden ist, in Kraft getreten. Der Stundenlohn wird von 80 auf 65 cts, der Überstundenlohn von 1.20 \$ auf 1 \$ herabgesetzt. Die Arbeitswoche wird zu 48 Stunden (bisher 44 Stunden) angenommen.

A. K.

Die amerikanischen Passagierlinien arbeiten mit Verlust. Es ist kein Geheimnis, schreibt das Washingtoner Bureau des Journal of Commerce, daß die Passagierlinien des Shipping Board auf dem Nordatlantik, Südatlantik und Pacific zurzeit mit Verlust arbeiten. Die der Munson-Linie überwiesenen Passagierdampfer haben auf jeder ihrer Rundreisen nach Südamerika eine Unterbilanz von 10—25 000 \$. Noch erheblicher sind die Verluste der 535 Fuß-Dampfer an der Pacificküste, die mit einem Durchschnittsminus von mehr als 100 000 \$ auf jeder Rundreise zu rechnen haben (ohne Abschreibung, Zinsen usw.). Auch der Passagierdienst der United States Lines nach Europa arbeitet gegenwärtig mit Verlust.

Das Schiffsamt wird durch diese Verluste nicht entmutigt. Es ist der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung dieser Passagierlinien für die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels sowohl wie für die amerikanische Seegeltung notwendig ist. Weitere Linien dürften nach Fertigstellung und Überweisung der neuen Passagierdampfer eingerichtet werden. —d.

Niedrige Löhne auf amerikanischen Schiffen. Die Zahl der unbeschäftigten Seeleute in den amerikanischen Häfen hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Schiffe stellenweise in der Lage sind, ihre Besatzungen zu Heuern anzumustern, die die Hälfte der während des Sommers gezahlten Löhne ausmachen. So nahm z. B. die Mannschaft eines Dampfers der amerikanischen Reederei Moore & Mc Cormack kürzlich in Norfolk zu folgenden Heuersätzen Dienst:

Zimmermann	42,50 \$ (usher 85,— \$)
Bootsmann	40,— „ („ 80,— „)
Vonmatrosen	35,— „ („ 72,50 „)
Leichtmatrosen	25,— „ („ 52,50 „)
Oster	40,— „ („ 80,— „)
Heizer	35,— „ („ 75,— „)
Trimmer	25,— „ („ 60,— „)

Die „Unemployment Conference“ hat den amerikanischen Reedern nahegelegt, ebenso wie das Schiffsamt möglichst nur amerikanische Seeleute anzumustern. Sie empfiehlt weiter, so viel wie möglich Überstundenarbeit im Stauerbetrieb und ähnlichen Betrieben zu vermeiden und einen gewissen Prozentsatz der Mannschaft durch Arbeitslose zu ersetzen. Schließlich weist sie noch auf die Notwendigkeit eines verständnis-

vollen Zusammenarbeitens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hin. Eine Periode der Arbeitslosigkeit eigne sich nicht für radikale Maßnahmen, die nur die Arbeitsgelegenheiten weiter verringern und die Zahl der Beschäftigungslosen steigern könnten. A. K.

Aufhebung des amerikanischen Schifffahrtsamtes beantragt. Dem Repräsentantenhaus hat der Abgeordnete für Iowa, Mr. Burton E. Sweet, eine Bill eingereicht, die die Aufhebung des Schifffahrtsamtes und der Emergency Fleet Corp. vorschlägt und die Regelung aller Schifffahrtsangelegenheiten dem Department of Commerce übertragen will. Anlaß zu diesem Schritt haben die mannigfachen Klagen gegeben, die neuerdings gegen die Emergency Fleet Corp. erhoben werden wegen ihres angeblich völlig unsachverständigen Verhaltens bei der Inventur und dem Verkauf der noch vorhandenen Vorräte und Ausrüstungsgegenstände, Baumaterialien und sonstigen dem Schifffahrtsamt gehörigen Sachwerten. Die Bill hat wenig Aussicht, angenommen zu werden. A. K.

Urteil über die International Mercantile Marine Co. Wie das Washingtoner Bureau des Journal of Commerce wissen will, wird das Schifffahrtsamt sein Urteil über die International Mercantile Marine Co. dahin abgeben, daß diese Gesellschaft nicht als ein amerikanisches Schifffahrtsunternehmen zu betrachten sei. Eine Änderung dieses Urteils konnte nur dadurch herbeigeführt werden, daß die bevorstehenden weiteren Verhandlungen neue, bisher noch nicht erwaunte Beweisgründe für den amerikanischen Charakter der Gesellschaft ergeben. Man nimmt an, daß schließlich eine Trennung der bis jetzt in dem Konzern vereinigten amerikanischen und britischen Gesellschaften erfolgen wird. A. K.

Ueber die neuen Passagierlinien des Schifffahrtsamtes nach London und Rouerdaam läßt sich noch folgendes feststellen:

Der Dienst nach London, der bisher durch die beiden 502-Fuß-Dampfer Old North State und Central State aufrechterhalten wurde, soll künftig durch drei 530-Fuß-Dampfer ausgeführt werden, die 17 Knoten, also drei Knoten mehr in der Stunde laufen und etwa 300 Passagiere 1. Klasse sowie mehrere Hundert 2. und 3. Klasse aufnehmen können.

Der neu einzurichtende Dienst nach Rotterdam wird vorerst von zwei 502-Fuß-Dampfern mit 14½ Knoten Geschwindigkeit versehen werden.

Wessen Leitung die beiden Linien anvertraut werden, steht vorläufig noch nicht fest. Es wird als wahrscheinlich angeführt, daß die United States Lines den Dienst nach Rotterdam und die Roosevelt Steamship Co. den Dienst nach London erhalten. A. K.

Konferenz zur Bestimmung des Verkaufspreises der amerikanischen Regierungsschiffe. Eine Konferenz, an der Vertreter der Emergency Fleet Corp., der American Steamship Owners Association und der U. S. Ship Operators Association teilnehmen, beschäftigt sich zurzeit mit der Fixierung eines Marktpreises, zu dem die aufliegenden Regierungsschiffe an Privatreefer verkauft werden sollen. Der Vizepräsident der Fleet Corp., in dessen Ressort der Verkauf der Schiffe fallen würde, teilte mit, daß allem Anschein nach eine gewisse Nachfrage nach Regierungsschiffen bestände. Er glaubt, daß, sobald eine definitive Entscheidung über den Preis getroffen sei, die Käufer nicht ausbleiben würden. A. K.

Der Mittlere Westen für Aufrechterhaltung der amerikanischen Handelsmarine. In der Reihe der Propagandameetings für die restlose Durchführung der Jones-Akte, die die American Shipowners Association gegenwärtig veranstaltet, verdient eine Kundgebung Beachtung, zu der sich kürzlich etwa 250 Vertreter von Handelskammern der wichtigsten Städte des Mittleren Westens in Cincinnati vereinigten. Es wurde eine Resolution gefaßt, die als „Appell des Mittleren Westens für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Handelsmarine“ an Harding gerichtet war. Sie forderte:

1. die Durchführung derjenigen Bestimmungen, die sich auf die Preferential-Eisenbahnraten für auf amerikanischen Schiffen beförderten Ein- und Ausfuhr Güter sowie auf eine Kündigung derjenigen Handelsverträge beziehen, die die Vereinigten Staaten hindern, fremden Schiffen Zollzuschläge und erhöhte Gebühren aufzuerlegen;
2. die Gleichbehandlung der Golf-, Südatlantik- und Pazifikhäfen mit den nordatlantischen Häfen in bezug auf die Einrichtung von Überseelinien. Die bisherige Bevorzugung der nordatlantischen Häfen hat 1919 und 1920 zu Verkehrsstockungen geführt, durch die die Produzenten und Ver-

lader des Mittleren Westens beträchtliche finanzielle Verluste erlitten hatten;

3. den Aufbau einer amerikanischen Trampflotte, die, geleitet von amerikanischen Trampreedereien, den jeweiligen Anforderungen des Außenhandels, insbesondere in den Zeiten der groben Saisonverschiebungen (Getreide, Baumwolle usw.) entgegenkommen und diese Frachten, die heute zum größten Teile den fremden Schiffen anvertraut werden müßten, der heimischen Flagge sichern könnten.

An die heimischen Verleger richtet die Resolution die Mahnung, für ihre Verschiebungen, wenn irgend möglich, amerikanische Schiffe zu benutzen. Auch die Banken werden ersucht, ihren Einfluß auf die Verleger in dieser Richtung geltend zu machen. Die Verbände der Exporteure und Importeure müßten in Zusammenarbeit mit dem Schifffahrtsamt Mittel und Wege finden, durch die erreicht würde, daß der Verleger seine Güter zu denselben günstigen Raten und unter den gleichen Bedingungen auf amerikanischen Schiffen befördern lassen könnte, als jetzt auf fremden Schiffen. Neu ist in dieser Resolution die Forderung einer amerikanischen Trampflotte. Daß mit der Wegdrängung der fremden Trampschiffe durch eine eigene Trampflotte mit Monopolcharakter eins der wichtigsten ratenermäßigenden Momente ausgeschaltet wird, haben die Vertreter aus den Kreisen der Verleger bei ihrer Zustimmung zu dem „Appell des Mittleren Westens“ augenscheinlich übersehen. A. K.

Britisch-amerikanische Gegensätze in der Schifffahrt. Die Ratenunterbietung der amerikanischen Schiffe in der ägyptischen Baumwollenfahrt scheint bereits den beabsichtigten Erfolg gehabt zu haben. Einer nichtamtlichen Washingtoner Meldung zufolge sollen die britischen Linien sich mit der Bitte um Wiedereröffnung der Verhandlungen an das amerikanische Schifffahrtsamt gewandt haben. Die Emergency Fleet Corp., die über die Verwendung der amerikanischen Regierungsschiffe bestimmt, hat erklärt, daß sie mit der Ratenunterbietung fortfahren würde, bis den amerikanischen Schiffen ein angemessener Anteil an den Baumwollerverschiffungen von der Konferenz zugebilligt würde. A. K.

Keine Regierungsschiffe für Reedereien, die mit fremden Schiffen arbeiten. Das Schifffahrtsamt hat zu dem Vorschlag, Regierungsschiffe künftig nicht mehr an Reedereien zu überweisen, die zugleich auch mit fremden Schiffen arbeiten, noch nicht endgültig Stellung genommen. Lasker äußerte, daß die Politik des Amtes zwar dahin ginge, denjenigen Reedereien, die vollwertig amerikanische Unternehmungen seien, den Vorzug bei der Überweisung von Regierungstonnage zu geben, daß aber eine feste und bestimmte Vorschrift, nach der andere Reedereien, die vielleicht nur ein paar fremde Schiffe beschäftigten, abzuweisen seien, nicht gegeben sei. Er führt das Beispiel der United Fruit Co. an, die mit ungefähr 25 amerikanischen und einigen wenigen fremden Schiffen arbeite. Eine Anforderung von Tonnage seitens dieser Gesellschaft würde das Schifffahrtsamt wahrscheinlich nicht ablehnen. Die Frage ist jetzt der Emergency Fleet Corporation zur näheren Untersuchung überwiesen worden, und eine bestimmte Stellungnahme des Schifffahrtsamtes ist erst zu erwarten, wenn jene Behörde sich über die Zweckmäßigkeit des Vorschlages näher ausgesprochen hat. A. K.

Kanada

Weitere Ausdehnung der Staatsschifffahrt in Kanada. Der Aufbau einer kanadischen Staatsflotte wird in Kürze vollendet sein. Gegenwärtig sind noch sieben Schiffe für die kanadische Regierung auf heimischen Werften im Bau. Nach ihrer Ablieferung verfügt Kanada über eine staatliche Flotte von 65 Dampfern von 381 414 t d w, die es in regelmäßigen Fahrten nach Großbritannien, Australien, Südafrika, Westindien, Südamerika und dem fernen Osten und Indien beschickt. Gegen die Fortsetzung des Staatsbetriebes in der Schifffahrt macht sich in einem Teil der kanadischen Presse ein lebhafter Widerstand geltend, der indessen bisher ohne Erfolg geblieben ist. Die Regierung beabsichtigt vielmehr, ihre kleineren Schiffe auch an dem Verkehr zwischen den kanadischen Binnenseen und den Seehäfen teilnehmen zu lassen, um mehr Transportmöglichkeiten für die Getreideverschiebungen zu schaffen. A. K.

Kuba

Vorzugsbehandlung der amerikanischen Einfuhr auf Kuba. Die kubanische Regierung hat sich an das amerikanische State Department mit dem Vorschlag gewandt, den zwischen Kuba

und den Vereinigten Staaten bestehenden Handelsvertrag, nach dem amerikanische Einfuhrwaren auf Kuba und kubanische Einfuhrwaren in den Vereinigten Staaten eine Zollermäßigung von 20 % genießen, in einen „Notstandsvertrag“ umzuwandeln, der eine beiderseitige Zollermäßigung von 50 % vorsieht. Der kubanische Finanzminister verhandelt zurzeit mit den Behörden in Washington über diesen Vorschlag, der dem amerikanischen Handel mit Kuba gegen den sich wieder in wachsendem Maße geltend machenden deutschen Wettbewerb helfen soll. A. K.

Sonstiges

Die Haager Konferenz der International Law Association völlig unter englischem Einfluß. Der Repräsentant Schwedens auf der Haager Konferenz der International Law Association im Haag, Bagge, äußert sich im Svensk Handelstidning über seine auf der Konferenz gewonnenen Eindrücke. Er führt aus, daß außer den Engländern wohl Vertreter der drei skandinavischen Staaten, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, Japans und anderer Länder teilgenommen hätten, daß aber der britische Einfluß völlig überwog. Die Sprache auf der Konferenz war englisch und der der Konferenz unterbreitete Vorschlag war ausgearbeitet vom British Imperial Shipping

Committee. Dieses Committee, dessen eigentliche Aufgabe in der Regelung der Schifffahrtsfragen zwischen Großbritannien und seinen Kolonien besteht, hat sich — vermutlich auf Anregung der Verleger in Australien, Südafrika usw. — mit der Frage der Bill of Lading beschäftigt. Der Vorschlag des Committee gewann die Unterstützung der britischen Regierung und die unter britischem Einfluß stehende International Law Association nahm die Gelegenheit wahr, den vorgeschlagenen Maßregeln internationale Gültigkeit zu geben. Darin liegen für die kontinentalen Staaten Vorteile, aber unverkennbar auch Gefahren. Die neuen Regeln sind in erster Linie auf britische Verhältnisse zugeschnitten. Der Versuch, darin irgendwelche Änderungen herbeizuführen, erwies sich auf der Konferenz als ein aussichtsloses Bemühen. Die kontinentalen Repräsentanten hatten lediglich die Möglichkeit, ihrem Zweifel Ausdruck zu geben, ob eine Einfügung dieser vorwiegend auf britische Verhältnisse eingestellten Regeln in die Schifffahrtsgesetze der kontinentalen Staaten überall rätlich sei. In Großbritannien scheinen die im Haag vereinbarten Regeln jedoch die Billigung der Kaufleute, der Banken und der Versicherungsgesellschaften zu finden. Diese Tatsache, meint Bagge, sei als der Hauptgewinn der Konferenz zu betrachten. A. K.

Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat Oktober 1921 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Vorkommende Abkürzungen: Bll. = Ballen. Blk. = Balken. Bd. = Bund. Brr. = Barren. Bshl. = Bushels. dz = Doppelzentner = 10¹/₂ kg. Eim. = Eimer. Fss. = Fässer. Frk. = Firkins. Gall. = Gallonen. Ing. = Ingots. K. = Kisten. kg = Kilogramm. Kll. = Kolli. Krb. = Körbe. o. n. B. = ohne nähere Bezeichnung. P. = Pack. Pl. = Platten. Qrt. = Quarter. Sck. = Säcke. Ser. = Seronen. St. = Stück. Stg. = Stangen. t = Tonnen = 1000 kg. Trc. = Tierces. Trm. = Trommeln. Tsch. = Tschelwert. Tb. = Tubs

Albumin. Kll. 344	Fibre (o. n. B.) Bll. 12197	Holz, Fichten- St. 21120	Mehl, Weizen- Sck. 32784	Saat (sonstig.) Sck. 9490
Ananas. K. 1150	Fische. Kll. 15830	„ Mahag. - Blk. 107	Milch (kondens.) K. 49685	„ Gras. Sck. 4104
„ Konserv. K. 1949	„ kons. K. 19280	„ Teak- Blk. 2072	„ (sterilis.) K. 109219	„ Lein. Sck. 102134
Antimon. Kll. 3466	Fleisch (o. n. B.) Kll. 67639	„ Zedern- Kll. 2729	Milchpulver. Kll. 2278	„ Sesam. Sck. 18950
Aprikosen. K. 23190	„ gefr. K. 6732	Holzmasse. Bll. 4955	Myrabolanen Bt. 91489	Sardinen. K. 13139
Aprikos., getr. K. 5751	„ Corn, Beef. K. 23593	Honig. Kll. 1370	Nüsse (sonstige) Kll. 5768	Schmalz. Eim. 9450
Asbest. Bll. 2310	„ Schweine- Kll. 12922	Hörner. Kll. 4180	„ Kokos- Sck. 10506	„ 1/1 Fss. 36242
„ Fiber. Sck. 2288	Garn (o. n. B.) Bll. 390	Ingwer. K. 482	„ Kokos ger. K. 6424	„ 1/2 Fss. 314921
Baumwolle. Bll. 37695	„ Baumw. Bll. 4257	Jute. Bll. 25436	„ Musk- Kll. 471	„ Frk. 2075
Baumw.-Abf. Bll. 8386	„ Kokos. Bll. 962	Kaffee. Sck. 272642	Öl (sonstiges) Fss. 20180	„ K. 75259
„ saatkuch. Kll. 12716	„ Woll. Bll. 359	Kakao. Sck. 148274	„ „ t 5668	„ Trc. 49973
„ mehl Sck. 1700	Gerbextrakt. Kll. 59609	Kakaopulver. K. 2003	„ Bmw.-S. Fss. 872	„ Tub. 17800
Blei. Kll. 41026	Gerste. Sck. 332108	Kämmlinge. Bll. 1360	„ Holz- Fss. 10789	Schwefel. t 4925
Bohnen. Sck. 5785	„ Bshl. 49810	„ Woll. Bll. 2089	„ Kokosnuß- Fss. 305	„ Kll. 1390
Borsten. K. 978	Grieß. Kll. 12165	Käse. K. 743	„ Lein- Fss. 29267	Speck (o. n. B.) Sck. 8170
Därme. Kll. 9358	Gummi (o. n. B.) Kll. 14837	Kasein. Kll. 17376	„ Palm- Fss. 5702	Stärke (o. n. B.) Sck. 15321
Divi Divi. Sck. 4689	„ Kopal. K. 1522	Kassia (o. n. B.) K. 2934	„ Schmier- Fss. 67062	„ Sirup Fss. 17736
Eigelb, getr. Kll. 2224	„ Tragant. Kll. 50	Kleie (o. n. B.) Sck. 261442	„ t 16279	Steinkohlen Schld. 95
Eisen. Kll. 3529	Haare (o. n. B.) Bll. 179	Knochen. Kll. 9875	Ölkuch. (o. n. B.) Bll. 19897	Steinnüsse. Sck. 7002
„ t 672	„ Roß. Kll. 208	Kopra. Sck. 264956	Ölsäure. Kll. 1263	Tabak. Bll. 65329
Erbsen. Sck. 450	„ vegetabil. Kll. 6692	Korinthen. Kll. 40495	Palmkerne. Sck. 38774	Talg. Kll. 11011
Erdnüsse. Sck. 68044	Hafer. Sck. 24852	Korken. Sck. 3433	„ mehl. Sck. 12872	Tapioka. Sck. 4322
„ t 378	„ t 8670	Korkholz. Kll. 13574	Paraffin. Sck. 8337	Tee. 1/1 K. 9900
Erdnußkuch. Kll. 23172	Hanf. Bll. 5462	Kupfer. Brr. 16254	Pfeffer, schw. Sck. 19963	„ 1/2 K. 728
Erz (o. n. B.) Kll. 1359	„ Sisal. Bll. 1077	„ Kll. 68713	„ weißer. Sck. 5880	Terpentin. Fss. 3260
„ t 5137	Harz. Kll. 11763	„ Draht. Kll. 3770	Pfirsiche, getr. K. 1900	Tran. Fss. 11610
„ Blei. Kll. 2013	Häute. Sck. 28754	Leder. P. 3288	Pflaumen. Kll. 36644	Valonea. Sck. 2071
„ Kupfer. Sck. 493	„ St. 141295	„ Abfall. Bll. 307	Phosphat. t 5365	Wachs. Kll. 2386
„ Wolfram. Sck. 6162	„ gesalzene Bd. 31561	Leinsaatkuch. Sck. 782	Piassava. Bd. 25014	„ Vegetabil. Kll. 1325
„ Zinn. Kll. 1638	„ St. 142920	Linsen. Sck. 801	Piment. Kll. 3184	Wein. K. 1548
Fasern (o. n. B.) Bll. 5240	„ Büffel. St. 2683	Mais. dz 485003	Reis. Sck. 665331	Weinstein. Sck. 409
Federn, Bett. Bll. 5473	„ Roß. Bd. 261	„ Bshl. 240186	„ Abfall. Sck. 9758	Weizen. Bshl. 2630500
Feigen. Kll. 15231	„ ges. Bd. 736	„ Sck. 446930	Reisbruch. Sck. 2140	„ dz 234515
Felle (o. n. B.) P. 5002	Heringe. Kll. 60112	Malzmehl. Sck. 11958	Reismehl. Sck. 6051	„ Qrt. 42500
„ Kalb. P. 6897	Hirse. Sck. 6046	Malzschlempe, getr. Sck. 9672	Rinde (o. n. B.) P. 61973	Wolle. Bll. 53975
„ Schaf. P. 1771	Holz. Standard 1798	Malz. Sck. 39182	„ Minerva Kll. 31786	Wollabfall. Bll. 848
Fett (o. n. B.) Fss. 7317	„ St. 29959	Mandeln. Kll. 6333	Roggen. Bshl. 320540	Zellulose. Bll. 14033
„ Kokos. Fss. 1050	„ t 3051	Mehl (o. n. B.) Sck. 207669	„ Qrt. 15400	Zink. Kll. 241
„ Speise. K. 6059	„ Eben. St. 113	„ Roggen. Sck. 1000	Rosinen. Kll. 126407	Zitronen. K. 23974
				Zucker. Kll. 12412

Fab. Landau

Vermischtes

Schriftverkehr mit den deutschen Auslandsbehörden. Dem Auswärtigen Amt gehen in letzter Zeit erneut Klagen der deutschen Auslandsvertretungen darüber zu, daß den zahlreich eingehenden Anträgen und Anfragen von Firmen und Privatpersonen nur in wenigen Fällen genügend Rückporto

beigefügt wird. Um langwierige Reklamationen zu vermeiden, liegt es im eigenen Interesse der Absender, allen Anfragen an Auslandsbehörden internationale Antwortscheine beizufügen, die auf allen Postämtern käuflich sind.